

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neuberger, Dresden.
Telefon: 25 241.
Post für Nachrichten: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark, Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Postgebühren.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die stündliche 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Obergangsgebühren 10 Pfg., wusm. Vorkauf gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Neiß & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangt geschickte werden nicht aufbewahrt.

Gekler über die Reichswehr und Locarno.

Französischer Ursprung der Gekler-Heze? — Das Kontrollsystem als Wertmesser für Locarno.

Der belgische Außenminister gegen die Ratserweiterung. — Berliner Profess in Warschau. — Die bürgerliche Front gegen das Volksbegehren.

Die Reichswehr vor dem Reichstage.

Berlin, 3. März. Der Reichstag setzte heute die Beratung des Reichswehretats fort.

Abg. Künster (Soz.) fordert den Reichswehrminister auf, angeführt der großen Arbeitslosigkeit seine Wehrforderungen zurückzuziehen.

Redner wendet sich dann gegen die angeblich „republikfeindliche“ Haltung des Wehrministers. Die Sozialdemokraten könnten Herrn Gekler politisch kein Vertrauen entgegenbringen und sie würden gegen seine Wehrforderungen zu stimmen.

Abg. Erling (Z.) bedauert die Kritik der Sozialdemokraten. Für die Republik sei es eine „peinliche Lage“, wenn der Reichswehrminister von den Deutschnationalen gelobt und von der stärksten republikanischen Partei in kleinlicher Weise kritisiert werde. Die in Waffen starrenden Großmächte sollten alle mit der Abrüstung dem Beispiel Deutschlands folgen.

An der in letzter Zeit so lebhaften Propaganda gegen den Reichswehrminister scheinen gewisse Stellen im französischen Generalstab nicht unbeeinträchtigt zu sein.

Der Redner bedauert, daß die Sozialdemokraten die Mittel für die neuen Schiffe ablehnen wollen.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) zieht einen Vergleich zwischen Reichswehr und amerikanischer Armee. Das amerikanische Heer zähle 135 000 Köpfe, sei also wenig größer als die Reichswehr mit 100 000 Mann und koste 1,3 Milliarden Mark, das Dreifache der Reichswehr.

Der Redner röst die Tätigkeit des Wehrministers und des Generalobersten von Seeckt volle Anerkennung. (Beifall.) Den Abtrübnen beim Etat hat man nur schweren Herzens zugestimmt. Der Redner protestiert gegen die Anweisung der Leistungsfähigkeit des alten Heeres.

Der Zusammenbruch sei nicht durch eine innere Zermürbung unseres Heeres erfolgt. Unsere Jugend müsse im Geist der Wehrhaftigkeit erzogen werden. Ein Heer sei nichts wert, wenn es nicht bereit sei, die Helmat zu verteidigen. Von einer schwarzen Reichswehr im großen Umfange könne keine Rede sein. Man sollte durch solche Anklagen nicht die Wehrkräfte des Auslandes befragen. Der Redner kritisiert dann die Tätigkeit der Feme-Ausschüsse.

Abg. Schaeffer (N.) spricht dem Wehrminister das vollste Vertrauen seiner Partei aus, empfiehlt Annahme eines formulierten Wehrantrags gegen Dr. Gekler und lehnt den ganzen Wehretats ab.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsh. Verein.) hält die Kritik der Linksparteien an der Reichswehr für unberechtigt. Eine vernünftige Materialbeschaffung für die Reichswehr werde durch die Entente leider verhindert. Viel Sorge mache die Unterbringung der entlassenen Mannschaften. Es müsse eine organische Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrwirtschaft hergestellt werden. Der Redner rühmt den Wert der militärischen Erziehung. Die waterländischen Verbände seien wehr für die Entente noch für die Herren von links eine Gefahr. Der einzige Vertreter des Militarismus in Deutschland sei gegenwärtig das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Reichswehrminister Dr. Gekler

bedauert die Kritik an der Aufstellung des Wehretats. Sie sei im Ausland sofort aufgegriffen worden, und man habe von einer Aufrüstung Deutschlands gesprochen. Gewisse Kreise im Ausland brauchten für den eigenen Militarismus immer das Schreckgespenst des deutschen Militarismus. (Zustimmung.)

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der deutsche Wehretats genau den Bestimmungen von Versailles entspricht.

Er unterliegt ja auch noch heute der Prüfung der V. M. R. in Berlin, die aus Fachleuten besteht, die genau Bescheid wissen. Bei den neuen Forderungen handelt es sich um Wege- und Rafernenbauten und um die Ergänzung der Munitionsbefehände. Viele Aufwendungen sind von der Entente auf das notwendige Mindestmaß festgesetzt worden. Auf diese

Aufträge warten Industrie, Handwerk und Tausende von Arbeitern, die arbeitslos werden würden, wenn diese Aufträge nicht verteilt würden. Wir haben das größte Interesse daran, daß nach unserem Eintritt in den Völkerverbund das Ab-rüstungsproblem sofort ausser Acht wird. Unerrätlich ist der gegenwärtige Zustand, daß die Welt in Waffen harre und daß es in Mitteleuropa ein paar Länder gibt, die völlig unbewaffnet sind.

Das jetzige System der Reichswehr ist auf die Dauer unumkehrbar. Es ist eigenartig, daß gerade die demokratischen Staaten des Westens uns ein Wehrsystem aufzuzwingen haben, das mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. (Hört, hört! rechts.) Das alte System wurde parteipolitisch gar nicht beeinflusst. Um das neue Berufsheer bemühten sich aber vornehmlich die Parteien, die Gegner des neuen Staates seien. Darum ist es bei dem neuen System weit schwerer, das Wehr vor politischen Einflüssen zu schützen. Das sei aber gelungen. Niemand braucht heute an Vorkriegszeiten zu denken. Der Minister ging dann auf die Tätigkeit der Schußfeldkommission ein, die den Einbruch hervorruft, also sollen hier Quälereien ohne Ende über das Heer verhängt werden. Das hat mit dem Geist von Locarno nichts zu tun.

Entweder werden die Militärstränge von Locarno reiß, oder aber sie werden nicht reiß, und das deutsche Volk trägt neuerdings seine Funktionen zu Grabe.

Es ist gerade die ernste Aufgabe der fremden Staatsmänner, dahin zu wirken, daß diejenigen, die den Glauben an Locarno noch nicht haben, dazu gebracht werden. Es ist notwendig, daß besonders mit dem System der Schifane ein Ende gemacht wird. (Beifallige Zustimmung.)

Der Minister erklärte weiter, daß man auf der Abrüstungskonferenz erleben werde, wie alle Staaten ihre Armeen als die Völkerverbundarmee ansehen, bis von den Staaten, die entwaffnet sind, bezahlet werden soll.

Bezüglich der inneren Verhältnisse in der Reichswehr lasse sich nicht verkennen, daß große Schwierigkeiten vorhanden sind. Die zwölftägige Dienstzeit ist ein System, das auf viele, die zur Reichswehr kommen, ernst und schwer drückt. Die Zahl der Selbstmorde ruft nicht die Handhabung des Systems hervor, sondern das System selbst. Das beweist die überreichliche Arme, die uns immer als Muster vorgehalten wird, aber einen noch viel größeren Prozentsatz an Selbstmorden hat. Auch die Schupo hat Selbstmorde. Eine entscheidende Rolle spielt dabei

die Verlorenung.

Die Reichswehr ist besonders schlecht daran. Eine Vorlage über die Verlorenung ist erst vor einigen Tagen an den Reichsrat gegangen. Die Vorberatungen mit den Völkerverbund haben lange gedauert. Das Plenum des Reichsrates trifft kein Ver-schulden. Vor allem ist es schwierig, mit den süddeutschen Staaten zu einer Verständigung zu gelangen. Die Schwierigkeit, für die Soldaten ein Unterkommen zu finden, veranlaßt Mißstimmung.

Der Reichswehrminister erklärt dann, daß die Rede des kommunistischen Abgeordneten Schaeffer der Entente Propagandamittel geliefert habe. Was die Erklärung von Vereinen und Verbänden zu politischen Organisationen betrifft, so verweist der Minister auf das Vereins- und Versammlungsgesetz der Soldaten. Darin ist einfach die Tatsache als Grundlag festgelegt, daß sich der Soldat nicht in das politische Leben zu mischen hat. Was die Teilnahme der Reichswehr an Veranstaltungen und dergleichen betrifft, so ist jede Verwendung der Reichswehr außerhalb des normalen Dienstes gebunden an die Genehmigung des Reichspräsidenten, der als Oberbefehlshaber allein darüber zu verfügen hat. Der Minister schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß auch im verflorenen Jahre die Reichswehr sich innerlich gefestigt hat, daß sie zu einem immer festeren Fundament des Staates wird und das Vertrauen des Volkes verdient.

Die Beratung wird danach abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag mittag anberaumt mit der Tagesordnung: Anträge auf Aufhebung der Weinsteuern und die Interpellationen über die Notlage der Winzer.

besohlen und ihnen damit Gelegenheit gegeben, ihrem Haß gegen das Deutschtum die Zügel schießen zu lassen. Mit Maschinengewehren und Gewehren schossen sie blindwütig in die vollkommen waffenlose, friedliche Menge der Demonstranten und mordeten zahlreiche Männer, Frauen, Greise und Kinder. Die Sudetendeutschen brachten an diesem Tage ihre ersten Blutopfer für Volkstum und Scholle: der Verlust von 58 blühenden Menschenleben und insgesamt weit über hundert Schwerverletzte waren das Ergebnis der tschechischen „Feld-taten“. Noch manches Menschenleben fiel seit diesem Tage der tschechischen Rohheit und Gewissenlosigkeit zum Opfer.

Seit dieser Zeit reißen sich im Sudetenlande Gewalttaten an Gewalttaten auf einer ununterbrochenen Kette, so wird ein Stein zum anderen getragen zu einem ewigen Schandmal tschechischer Unkultur und Willkür.

Der 4. März ist seit 1919 der sudetendeutsche Volkstrauertag geworden. An diesem Tage mahnen die Seelen der Toten die Lebenden, in ihrem Gedenken auszuhalten im schweren Kampfe um Freiheit, Recht, Volkstum, Ehre und Existenz. Aber auch den übrigen Deutschen, insbesondere denen im Reich, rufen sie an: „Für unsere Freiheit und unser deutsches Volkstum gingen wir in den Tod; was tut ihr zum Schutze der hart bedrängten deutschen Volkspolster im Auslande, der Volksgenossen, die noch unter fremder Herrschaft im besten Kampfe gegen brutale Entdeutschungs- und Vernichtungswillen stehen?“

Hände weg vom Volksbegehren!

Ein als unumkehrliche Tatsache im voraus: Bei dem Volksbegehren, dessen Listen von heute ab ausliegen, handelt es sich nicht um Monarchie oder Republik, nicht um Kapitalismus oder Sozialismus, nicht um rechts oder links, auch nicht um Gnade oder Vergeltung —

es geht einzig und allein um Recht oder Unrecht!

Das aber ist eine Frage, die jeden einzelnen angeht. Auch wenn die Staatsform, unter der er lebt, belanglos erscheint, wenn nur Ruhe und Frieden seine Geschäfte vorwärtsgehen lassen, muß heute aufpassen — denn heute beginnt der große Entscheidungslampf darüber, ob es in Zukunft überhaupt noch einen Zweck haben kann, ein Leben zu sparen und zu verdienen, um seine letzten Tage in Ruhe zu verbringen. Und wer — unschuldig arbeitslos geworden — dem Kapitalismus from ist und eine gerechte Fügung des Schicksals darin sieht, daß nun auch die Not leiden sollen, die bisher den Vorteil einer durch Jahrhunderte gewohnten Vorzugsstellung genossen haben, soll einmal ernstlich prüfen, ob seine eigene Not dadurch gemildert wird, daß sich die allgemeine vermehrt. Es ist erreicht worden, daß bei einer Verteilung der Gütervermögen auf die Vermögenden unter den Armen, also auf die wüßig Erwerbs- und Mittellosen einschließlich der Kriegsbeschädigten, auf den Kopf eine einmalige Zahlung von 60 Mark käme. „Das wäre schon immer etwas!“, hat ein Abgeordneter der Linken im Ausschuss bei dieser Feststellung gerufen. „Das wäre schon immer etwas“ — gut, aber um welchen Preis! Um einen Preis, der die Linke ebenso wie die Rechte teuer zu stehen käme, der unter Verteilung jedes menschlichen Wohlstands, das doch die Sozialisten als stiltliche Grundlage ihres Programms rühmen, das Unrecht gleichmäßig veranfert und den Schild der jungen Republik mit unlöschbarem Makel besetzt. Für zweimal dreißig Silberlinge seine anständigt Vermögen, seine Ueberzeugung vom Recht, jenem im menschlichen Wesen tiefeingewurzelten Empfinden für das Sittlich-Gebotene zu verkaufen, das kann nur der tun, der sich über die Tragweite seines Handelns nicht klar geworden ist, oder der nicht Frieden, nicht Freiheit, nicht Brot will, sondern neue Bruderkämpfe, neue Rechtslosigkeit und Vergewaltigung und neues Elend.

Denn soviel steht fest: Ist erst einmal die Heiligkeit des Privatbesitzes und die Unantastbarkeit des verfassungsmäßig verbrieften Rechtes verletzt worden, gibt es kein Halten mehr. Wenn sich die Mehrheit des Volkes für eine völlige Enteignung der Fürsten ohne „angemessene Entschädigung“, wie sie die Verfassung vorschreibt, aussprechen sollte, so wäre damit ein Präzedenzfall für alle künftigen Raubgeplänke geschaffen, dessen Folgen sich jeder ausmalen kann. Es ist von jeher so gewesen, daß sich der Masseninstinkt gegen den Beschädigten richtet und es im Grunde auf dasselbe hinausläuft, ob der Pöbel seinen Nachbarn um den neuen Kaninchenfall oder den Gutsherrn um sein Landstübli beneidet. Wer an der wirtschaftlichen Grundtatsache des Kapitalismus, am Privatbesitz, festhalten will (nicht aus Egoismus, sondern weil er die Konsumkaufte Lehre, Eigentum sei Diebstahl, als ein dem menschlichen Wesen völlig zuwiderlaufendes theoretisches Dingespinnst hält), der muß den Versuch der Fürstenteignung mit der ganzen Leidenschaft seiner Persönlichkeit bestämpfen. Dabei hat es für die prinzipielle Bedeutung der Frage nichts zu sagen, daß es sich zufällig um das Recht von Fürsten und nicht von Bankiers, Großindustriellen oder Grundstücksbesitzern handelt. Die Linke, die seit Wochen eine geradezu wüßte und vor seiner Gemeinheit zurückstreichende Hege getrieben hat, hat es freilich für ihre Anhänger so an dreien verstanden, daß es ansücht, als ob der Anhänger des Volksbegehrens ein treuer Republikaner, der Anhänger einer rechtmäßigen Auseinandersetzung mit den Fürsten ein reaktionärer Finklerling und monarchistischer Verschwörer sei. Gerade das Gegenteil ist der Fall! Wollte sich die Rechte wahrhaft staatsfeindlich gebärden, sie könnte nichts besseres tun, als an der Unterwählung der Rechtsbegriffe mitzuarbeiten. Sie könnte mit viel größerem Erfolge dann für eine Enteignung der Schieber und Revolutionsgewinnler eintreten, die nachweisbar ihren Besitz nicht einer ununterbrochenen Arbeit von Generationen verdanken, sondern Tränen und Schweiß Verzweifelter zu Geld gemünzt haben. Wenn man gleichwohl bisher von einer solchen gerechten Vergeltung für die Schmach aus der Zeit der Inflation abgesehen hat, so deshalb, weil das Schicksal selber eingegriffen und manches ausgeglichen hat, und weil es für die Menschheit besser ist, daß zehn fleißige einen ersten auf ihre Kosten mit durchflutern und dabei für ihre Mühe belohnt werden, als daß hundert Tüchtigen aus der großen Sozialkassette ebensoviele wie dem einen Unwürdigen bezahlet wird. Es hat nicht den geringsten Zweck, die Welt so zu lassen, wie sie sein könnte, wenn sie in Wahrheit anders ist. Und die Wahrheit bleibt es, daß ohne eine mit Staatsautorität verordnete Sicherung des Privatigentums das Fortschreiten und damit das wirkliche Glück der Menschheit nicht möglich ist.

Ja, sagen hier alle die bedauernswerten Menschen, die sich jahrelang jeden Wissen dafür abgedarbt haben, daß sie durch eine grausame Finanzkatastrophe um ihren letzten Gelder

Der Trauertag der Sudetendeutschen.

Eine Erinnerung zum 4. März.

Die Zentraleitung Dresden des Volkshundes der Deutschen aus dem ehemaligen Osterreich-Ungarn schreibt uns:

Für den 4. März 1919 war die Nationalversammlung der aus den Trümmern der Doppelmonarchie Osterreich-Ungarn hervorgegangenen Republik Deutschösterreich nach Wien einberufen worden; die Teilnahme der gewählten sudetendeutschen Volksvertreter ward tschechischerseits mit Gewalt verhindert, obgleich nach staatsrechtlichen Begrissen und auf Grund der eigenen Willensäußerung an diesem Tage die deutschen Sudetenländer noch als ein Bestandteil der Republik Deutschösterreich zu betrachten waren; erst durch den Gewaltfrieden von St. Germain am 24. September 1919 wurde das grausame Gesicht der beinahe vier Millionen Sudetendeutschen bestiegelt.

Am 4. März 1919, dem Tag der Eröffnung der Wiener Nationalversammlung, fanden in allen deutschen Orten und Städten Sudetendeutschlands von Angehörigen aller Parteien belagerte Massenversammlungen statt, die nodmals den unerträglichsten Willen zum Anschluß an Deutschland über Deutschösterreich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bekundeten sollten. Den tschechischen Besatzungstruppen wurde die Unterdrückung dieser Kundgebungen un-